

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis	IV
Abkürzungen	XIV
I. Einleitung: Zur Diskussion um § 6 StAnpG	1
II. § 6 StAnpG	4
1. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift	4
2. Die gesetzliche Regelung	9
3. Die Nichtverwirklichung des steuerlichen Tatbestandes	10
4. Die Abgrenzung der Begriffe Steuerhinterziehung und Steuereinsparung zum Begriff der Steuerumgehung	13
a) Die Steuerhinterziehung	13
b) Die Steuereinsparung	15
5. Die Steuerumgehung als Gesetzesumgehung	19
6. Die Regelung der Gesetzesumgehung in anderen Rechtsgebieten	21
a) Im Privatrecht	21
b) Im öffentlichen Recht	25
c) Im ausländischen Recht	28
(1) Österreich	28
(2) Frankreich	29
(3) Schweiz	30
7. Die rechtliche Einordnung der Generalklausel des § 6 StAnpG	31
a) Die Abgrenzung der besonderen Merkmale der Steuerumgehung als Gesetzesumgehung	31
b) Die Möglichkeiten einer gesetzlichen Abwehr der Steuerumgehung	33
c) Der Umgehungstatbestand des § 6 StAnpG	38
8. Bestandsaufnahme der Auslegung des § 6 StAnpG	43
a) Die Auslegung des Begriffs Steuerumgehung in der Literatur	43
(1) Die Tatbestandsmerkmale "Mißbrauch" und "angemessene Gestaltung"	43

	Seite
(2) Die Absicht der Steuerumgehung	50
b) Das Wesen der Steuerumgehung nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes	51
III. Der Anwendungsbereich des § 6 StAnpG nach dem Steueroasenerlaß	57
1. Historische Entwicklung	57
a) Die Hauptformen der Einkommens- und Vermögensverlagerungen nach dem Steueroasenbericht	57
(1) Zur Entwicklung der Basisgesellschaft	59
(2) Die Integrationsaufgabe der Basisgesellschaft aus steuerlicher Sicht	61
(3) Die Basisgesellschaft als Mittel zur Steuerflucht	65
b) Vom Steueroasenbericht zum Steueroasenerlaß	74
2. Das Schema des Steueroasenerlasses	75
3. Die steuerliche Bewertung der "Mißbrauchsfälle" nach dem Steueroasenerlaß	79
a) Die Anweisungen des Steueroasenerlasses	79
b) Die Abgrenzung der "mißbräuchlichen Gestaltungen" von den "Scheingestaltungen"	81
c) Die Konkretisierung der Anweisungen des Steueroasenerlasses	82
4. Die Auslegung des § 6 StAnpG durch den Bundesfinanzhof im Rahmen der steuerrechtlichen Beurteilung von ausländischen Basisgesellschaften	86
5. Das Außensteuergesetz vom 8. September 1972	91
6. Das Verhältnis der Bestimmungen des Außensteuergesetzes zur Mißbrauchsklausel des § 6 StAnpG	96
IV. Verfassungsrechtliche Würdigung des § 6 StAnpG	100
1. Der Stand der verfassungsrechtlichen Diskussion	100
2. Würdigung des § 6 StAnpG unter dem Gesichtspunkt des Art. 3 Abs. 1 GG	103
3. Beurteilung des § 6 StAnpG auf Grund der in Art. 2 Abs. 1 GG garantierten "allgemeinen Handlungsfreiheit"	110

	Seite
a) Die "allgemeine Handlungsfreiheit" als wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit - Unternehmensfreiheit	110
b) Art. 2 Abs. 1 GG als Grundrecht auf Steuerfreiheit	111
c) Die verfassungsmäßige Ordnung als Schranke des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG	113
d) Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit und Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips im Bereich des Steuerrechts, insbesondere: Voraussehbarkeit und Meßbarkeit staatlicher Eingriffe	114
e) Die Abgrenzung von Gegenstand, Inhalt, Zweck und Ausmaß hoheitlicher Eingriffe durch § 6 StAbpG	119
V. Ergebnis	135